

**RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 3/2023**  
**KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA**  
**2025**



**AMNESTY**  
**INTERNATIONAL**



# INHALT

EINLEITUNG ..... 3

KEIN FRIEDEN IN ÄTHIOPIEN ..... 5

ÄTHIOPIEN: OPFER BETROGEN, NACHDEM STAATEN VERSAGT HABEN UNRECHENSCHAFTSMechANISMUS FORTZUSETZEN ..... 6

ÄTHIOPIEN: RELIGIÖSE SPANNUNGEN NEHMEN ZU ..... 6

ÄTHIOPIEN: VERFOLGUNG HOMOSEXUELLER (August 2023) ..... 7

FEMIZIDE IN ÄTHIOPIEN (November 2023) ..... 8

ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN SEXUELLER GEWALT UND HUNGERVERBRECHEN IN TIGRAY ..... 9

ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERT UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNGEN ZUM AUSNAHMEZUSTAND IN AMHARA (August 2023) ..... 10

ÄTHIOPISCHER MENSCHENRECHTSRAT (EHRCO) PRESSEERKLÄRUNG - 23. SEPTEMBER 2023 ..... 12

ÄTHIOPIEN NUN MITGLIED DER BRICS-GRUPPE ..... 16

AMNESTY-BERICHT ÜBER METAS BEITRAG ZU MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN NORDÄTHIOPIEN – METAS VERSAGEN BEFEUERT GEWALT GEGEN ZIVILBEVÖLKERUNG IN TIGRAY ..... 17

AMNESTY-BERICHT: ERITREISCHE STREITKRÄFTE BEGEGEN NACH WAFFENSTILLSTAND KRIEGSVERBRECHEN IN TIGRAY ..... 32

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Copyright bei Amnesty International

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## EINLEITUNG

Folgt man den Berichten von Amnesty International und anderer Menschenrechtsorganisationen, so ist die humanitäre Lage seit dem Friedensschluss in Nord-Äthiopien bei weitem noch nicht befriedigend geregelt. Selbst nach Abschluss des Friedensvertrags zwischen der äthiopischen Regierung und der Regierung in Tigray im November 2022 wurden unter anderem Vergewaltigungen und andere Fälle sexualisierter Gewalt an tigrayischen Frauen durch eritreische Soldaten nachgewiesen. Doch die äthiopische Regierung lehnte es ab, das Mandat der internationalen Menschenrechtskommission (ICHREE: International Commission of Human Rights Experts on Ethiopia) zu verlängern. Die Kommission sollte weiterhin Beweise für Verbrechen nach internationalem Recht sichern und künftige Bemühungen um Rechenschaftspflicht unterstützen. Obwohl allen am Krieg in Tigray beteiligten Gruppen solche Verbrechen bereits teilweise nachgewiesen wurden, zeigt die äthiopische Regierung kein Interesse an einer unabhängigen Aufarbeitung.\*

Überhaupt gibt es vieles, was zur Zeit an einer positiven Entwicklung des Landes zweifeln lässt: Die Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gemeinschaften wachsen; die Situation der LGBTIQ verschlechtert sich; Femizide werden strafrechtlich nicht ausreichend verfolgt und überhaupt ist sexualisierte Gewalt – besonders in den von Konflikt betroffenen Regionen – weiterhin an der Tagesordnung. Doch diese Probleme werden von der Regierung nicht angegangen.

Die äthiopische Regierung versucht offenbar, die ehemalige ‚Einheit der Nation‘ wiederzugewinnen, auch indem sie im gesamten Land die Regionalarmeen auflöst. Doch das wird besonders in Amhara kritisch aufgenommen und führt in der Region zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.\*\* Auch EHRCO, die Menschenrechts-NGO in Äthiopien, die 2022 den Menschenrechtspreis von Amnesty Deutschland bekommen hat, bestätigt dies.

Aber Ministerpräsidenten Abiy Ahmed scheint die kriegerische Auseinandersetzung in Tigray mit ihren Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen einfach hinter sich lassen zu wollen. Jetzt hat er erreicht, dass Äthiopien in die Vereinigung der BRICS-Staaten aufgenommen wurde. Der Ministerpräsident gibt sich scheinbar zukunftsorientiert: So kann man auch seine Pläne verstehen, einen etwa 10 Milliarden teuren Regierungspalast zu bauen. Dass im Norden des Landes noch Millionen von Menschen an den Kriegsfolgen leiden und auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und auch in weiten Teilen anderer Regionen Gewalt herrscht, die für eine friedliche Zukunft im Land beendet und aufgearbeitet werden müsste, vernachlässigt Abiy Ahmed.\*\*\*

Während all dieser Entwicklungen hat die EU Äthiopien 650 Millionen Euro Hilfgelder zur Einführung eines ‚Mehrjahresrichtprogramms‘ (MIP) von 2024 bis

2027 zugesagt, um die Entwicklung des Landes „auf transformative, integrative und zukunftsorientierte Weise voranzutreiben“ und „die Beziehungen schrittweise zu normalisieren“. Jedoch hat die EU dies nicht an die Bedingung geknüpft, dass die Menschenrechtskommission ICHREE ihre Aufklärungsarbeit fortsetzen kann, obwohl diese urteilt, dass der dortige Konflikt und die Gewalt mittlerweile „nationale Ausmaße“ zeigten. Die direkte Budgethilfe für die äthiopische Regierung bleibt immerhin ausgesetzt.\*\*\*\*

Im Oktober **hat Amnesty International einen Bericht darüber herausgebracht, wie der Mutterkonzern von Facebook, Meta, zu Menschenrechtsverletzungen in Nordäthiopien beitrug. In ihm wird dargestellt, wie Meta durch seine Algorithmen und sein datenbasiertes Geschäftsmodell zu schweren Menschenrechtsverletzungen in Nordäthiopien beigetragen hat** und dass der Konzern Warnungen seines eigenen Aufsichtsgremiums und solche aus der Zivilgesellschaft zur Schadensbegrenzung ignorierte. Die Einleitung und Schlussfolgerungen des Berichts sowie Empfehlungen Amnestys an Meta und betroffene Staaten sind in diesem Rundbrief ins Deutsche übersetzt.

Zu Eritrea gibt es in diesem Rundbrief zwei Meldungen: Zum einen beschreibt **ein aktueller Amnesty-Bericht, dass nachweislich auch nach dem Friedensabkommen im November 2022 eritreische Soldat\*innen sexualisierte und weitere Formen von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Nordäthiopien ausgeübt haben.** Zum anderen wird ein Artikel zu Spekulationen im Zusammenhang mit Äthiopien zusammengefasst: Will Abiy Ahmed sich dort einen Meereszugang verschaffen? Da er zur Zeit im eigenen Land damit zu tun hat, zahlreiche Konflikte zu beschwichtigen, kann man hoffen, dass er diese Aufgabe priorisiert.

Die Berichte von Amnesty und Human Rights Watch über den Zustand Eritreas zeigen keine Verbesserung der Menschenrechtsslage im vergangenen Jahr. Vielmehr ist festzustellen, dass der abzuleistende Militärdienst noch erweitert wurde, weil man in den Krieg in Tigray verstrickt war.

\*<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/09/eritrean-soldiers-committed-war-crimes-and-possible-crimes-against-humanity-in-the-tigray-region-after-signing-of-agreement-to-end-hostilities/>

\*\*<https://taz.de/Abiy-Ahmed/!t5582874/>

\*\*\*<https://www.nzz.ch/international/aethiopien-abiy-ahmed-laesst-milliardenteuren-palast-bauen-ld.1746292>

\*\*\*\*[https://www.zeit.de/news/2023-10/03/eu-650-millionen-euro-fuer-aethiopien?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/news/2023-10/03/eu-650-millionen-euro-fuer-aethiopien?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

## KEIN FRIEDEN IN ÄTHIOPIEN

Yared Hailemariam, Direktor des Äthiopischen Zentrums für Menschenrechtsverteidigung, beklagt in einem Interview mit der Deutschen Welle (DW, Brüssel, Sept. 2023), dass es im November 2022 in Pretoria versäumt wurde, sowohl die amharische Fano-Miliz als auch die Eliten Amharas in die Verhandlungen zwischen äthiopischer Regierung und TPLF (Tigrays People's Liberation Front) einzubeziehen. Amhara hatte in dem Krieg auf Seiten der Regierung gekämpft und bemängelt nun, dass entgegen einer Klausel im Friedensvertrag, nicht alle TPLF-Spezialeinheiten und Tigray-Kräfte entwaffnet worden seien und dadurch in der benachbarten Amhara-Region erst kürzlich ein Konflikt ausgelöst worden sei.

Die Amhara People's Force (Fano), so ein Sprecher der Miliz gegenüber der DW, fühle sich berechtigt, kämpferisch einzugreifen, wenn es um die „Befreiung des äthiopischen Volkes“ gehe. Er forderte die Regierung auf, mit ihnen zu sprechen und sich für Frieden einzusetzen.

Schon seit einigen Monaten gab es immer wieder Unruhen in Amhara, da die Bundesregierung angekündigt hatte, die Regionalarmeen der Bundesstaaten aufzulösen. Bei Grenzstreitigkeiten mit Tigray reagierte man mit Waffengewalt, so dass Abiy Ahmed im August den Notstand ausrief und den Internetzugang sperren ließ.

Sowohl Yirga Gelaw Woldeyes, Forscher am Center for Human Rights Education der Curtin-Universität in Australien, als auch ein Sprecher der staatlich unterstützten Äthiopischen Menschenrechtskommission (EHRC: Ethiopian Human Rights Commission) bestätigen, dass es laut Zeugenberichten zu „außergerichtlichen Tötungen durch Sicherheitskräfte der Regierung in verschiedenen Teilen der Region“ gekommen sei. EHRC berichtet, dass es mittlerweile auch in der Nachbarregion Oromia und der Hauptstadt Addis Abeba zu „willkürlichen Verhaftungen“ gekommen sei. Hailemariam kritisiert, dass die Regierung sich darauf verlasse, politische Probleme mit militärischer Gewalt statt kommunikativ zu lösen.

Quellen:

<https://www.dw.com/de/k%C3%A4mpfe-in-%C3%A4thiopien-friedensdialog-f%C3%BCr-alle-kriegsparteien-vers%C3%A4umt/a-66938254>

<https://www.dw.com/de/neue-k%C3%A4mpfe-in-%C3%A4thiopien-gef%C3%A4hrden-friedensprozess/a-66474319>

<https://taz.de/Abiy-Ahmed/!t5582874/>

## **ÄTHIOPIEN: OPFER BETROGEN, NACHDEM STAATEN VERSAGT HABEN UN-RECHENSCHAFTSMECHANISMUS FORTZUSETZEN**

Die Staatengemeinschaft hat es während der vergangenen Sitzung des UN-Menschenrechtsrats versäumt, das Mandat der Internationalen Expertenkommission für Menschenrechte in Äthiopien (ICHREE) zu verlängern, obwohl Warnungen vor einem "akuten Risiko weiterer Gräueltaten" durch die Kommission ausgesprochen worden waren.

Somit ist die einzige glaubwürdige Möglichkeit einer unabhängigen internationalen Untersuchung und Aufsicht über Äthiopien - eine wichtige Quelle der Hoffnung für Opfer und Überlebende - ausgelöscht.

Die Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrates verschlossen die Augen vor der anhaltenden Menschenrechtskrise in Äthiopien, als die Frist für die formelle Einreichung von Resolutionen des Menschenrechtsrates am 4. Oktober 2023 ablief. Ohne eine Resolution zur Verlängerung des Mandats muss ICHREE seine Arbeit beenden.

Am 3. Oktober 2023 veröffentlichte ICHREE eine detaillierte Analyse, die Beweise und Trends aufzeigt, die auf ein "akutes Risiko von weiteren Gräueltaten in Äthiopien" hinweist. Die Kommission legte ihren Bericht am 18. September 2023 auch dem Menschenrechtsrat vor, in dem sie detailliert darlegt, dass die konfliktbedingten Übergriffe nicht mehr auf die Region Tigray beschränkt sind, sondern ein "nationales Ausmaß" angenommen haben.

Hier ist der Link zum erwähnten [ICHREE-Bericht](#) sowie zu [weiteren ICHREE Berichten](#) über die Menschenrechtssituation in Äthiopien.

## **ÄTHIOPIEN: RELIGIÖSE SPANNUNGEN NEHMEN ZU**

Laut verschiedenen Medienberichten, nehmen in Äthiopien religiöse Spannungen zu. Hier eine Zusammenfassung von jüngeren Entwicklungen:

Äthiopien ist laut Verfassung ein säkularer Staat. Dennoch ist Religion in allen Lebensbereichen sehr präsent. Orthodoxe Christen, Muslime und Protestanten bilden die größten Religionsgemeinschaften. Doch obwohl Äthiopien oft als ein einzigartiges Beispiel für harmonische interreligiöse Beziehungen dargestellt wurde, in dem Christen und Muslime seit Jahrhunderten friedlich zusammenleben, nehmen religiöse Spannungen und Konflikte zu. Im Jahr 2022 wurden beispielsweise bei Angriffen auf Muslime in der nordwestlichen Stadt Gondar mehr

als 20 Menschen getötet. Laut Religionsexperten Terje Ostebo trugen fünf Hauptfaktoren zu diesen Spannungen bei.

Erstens veränderte der politische Wandel 1991 in Äthiopien das Machtgefüge zwischen den Religionen. Historisch war das interreligiöse Zusammenleben davon geprägt, dass die äthiopisch-orthodoxe Kirche die anderen Religionen dominierte, jedoch hob damals die neue Regierung formale Beschränkungen für religiöse Aktivitäten auf, um die Gleichberechtigung der ethnischen und religiösen Gruppen des Landes zu fördern.

Zweitens nahm nach 1991 der Protestantismus rasch zu, und Kirchen und Dienste breiteten sich in traditionell orthodoxen und muslimischen Gebieten aus. Dies hat zu gewaltsamen Konflikten geführt; in den Jahren 2006 und 2010 kam es beispielsweise im südwestlichen Gebiet von Jimma zu Zusammenstößen.

Drittens führten die Veränderungen von 1991 dazu, dass der Islam im Lande sichtbarer wurde. Die zunehmende Präsenz des Islams und das damit einhergehende gestärkte Selbstbewusstsein der Gemeinden interpretieren viele Christen als Beweis für islamischen „Extremismus“. Es wird behauptet, dass Saudi-Arabien Moscheen finanziere und Muslime politische Macht in Äthiopien anstreben.

All diese Entwicklungen sind für die orthodoxe Kirche eine Herausforderung. Viele ihrer Mitglieder konvertierten zum Protestantismus. Darauf reagierte die Kirche, indem sie den Bau protestantischer Kirchen und Moscheen in Lalibela und Axum verbot, die beide als heilige orthodoxe Städte gelten und Pilgerorte sind. Dieses Verbot haben besonders Muslime als Einschränkung ihres eigenen Raums angesehen. Andererseits wurden Feierlichkeiten zu orthodoxen Festen durch die Regierung eingeschränkt. Dass sich schließlich Premierminister Abiy Ahmed als praktizierender Pfingstler zu dieser Religion bekannt hat, hat die religiösen Spannungen im Land verstärkt.

Quellen:

<https://theconversation.com/ethiopia-religious-tension-is-getting-worse-5-factors-driving-groups-apart-214278>

<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2023-10/aethiopien-religioese-spannungen-dialog-vertrauen.html>.

## **ÄTHIOPIEN: VERFOLGUNG HOMOSEXUELLER (August 2023)**

Zur Situation der LGBTIQ-Gemeinschaft in Äthiopien berichtet die Deutsche Welle: Hass auf die LGBTIQ-Community sitzt tief in Äthiopiens Gesellschaft. Die Behörden haben nun die Verfolgung von Homosexuellen verschärft und rufen Bürger\*innen zur Mithilfe auf. Laut Faris Cuchi Gezahegn, einem LGBTIQ-

Aktivist:innen im Wiener Exil, ist die Jagd auf Homosexuelle politisch motiviert, um von aktuellen Spannungen im Land abzulenken. Die Situation für LGBTIQ Personen ist alarmierend, da gleichgeschlechtlicher Sex in Äthiopien illegal ist und mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft wird.

Die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Homosexualität ist stark homophob und in der äthiopischen Kultur verwurzelt. Daten von Equaldex (kollaborative Wissensdatenbank für die LGBT-Bewegung) zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung explizit gegen die Akzeptanz von Homosexualität ist. Dieser Hass reicht bis in die Familien, was dazu führt, dass Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft von ihren eigenen Verwandten überwacht werden. In vielen afrikanischen Ländern, darunter Äthiopien, wird Homophobie durch Religion, Kultur und Tradition begründet. Besonders die konservativ geprägte, einflussreiche Orthodoxe Kirche sei für die Ablehnung von LGBTIQ-Menschen mitverantwortlich. Soziale Medien werden ebenfalls als Plattform für die Verbreitung von Hass und Vorurteilen genutzt und verstärken das Problem drastisch. Trotz alledem besteht die LGBTIQ-Gemeinschaft in Äthiopien weiter und versucht, sich zu behaupten, auch wenn die politische Lage äußerst schwierig ist.

Quelle:

<https://www.dw.com/de/%C3%A4thiopien-macht-jagd-auf-homosexuelle/a-66552491>

## **FEMIZIDE IN ÄTHIOPIEN**

**(November 2023)**

Zum Thema Femizide berichtet das Forschungszentrum Wilson Center und spricht Empfehlungen an die äthiopische Regierung aus:

Mit einem Frauen-, Friedens- und Sicherheitsindex von 0,668 im Jahr 2021 belegte Äthiopien Platz 113 als eines der gefährlichsten Länder für Frauen. Trotzdem sind keine strukturierten Daten zu Tötungsdelikten verfügbar. Beispielsweise wurde im Juli 2023 eine Mutter von zwei Kindern in einem Bezirksgerichtssaal in Ost Harar, Region Oromia, getötet. Einen Monat später wurde eine junge Frau, die gerade ihr Haus in Mek'ele, Hauptstadt der Region Tigray, verlassen hatte, um den Geburtstag ihres Freundes zu feiern, von Unbekannten ermordet. In der darauffolgenden Woche kam es in der Stadt Jigjiga in der Region Somali zu einem grausamen Femizid und einer Gruppenvergewaltigung.

Diese Vorfälle deuten auf eine alarmierende Anzahl von Femiziden in Äthiopien hin. Doch die Regierung hat dringend notwendige Maßnahmen zum Schutz von Frauen versäumt und geschlechterspezifische Gewalt sowie Femizide im



öffentlichen Diskurs normalisiert, obwohl 42% der Sitze im Parlament von Frauen besetzt sind. Die Regierung müsste umgehend Gesetze erlassen, die zwischen Femiziden und anderen Tötungsdelikten differenzieren und man müsste eine geschlechtsspezifische Perspektive bei Untersuchungen von und Rechtsfragen zu Tötungsdelikten an Frauen einbeziehen. Die fehlende Erfassung und Analyse von Femiziden verschleiert das Ausmaß des Problems und unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf.

Es ist von entscheidender Bedeutung, fundierte Präventions-, Schutz- und Reaktionsmechanismen zu entwickeln. Die Regierung muss dringend veranlassen, dass Daten über Femizide und Gewalt gegen Frauen gesammelt und analysiert werden, um wirksame Strategien entwickeln zu können. Dabei sollten zivilgesellschaftliche Organisationen und feministische Bewegungen eine bedeutende Rolle spielen.

Quelle:

<https://www.wilsoncenter.org/blog-post/another-day-another-femicide-reality-women-ethiopia-and-vocal-silence-reformative>

## **ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN SEXUELLER GEWALT UND HUNGERVERBRECHEN IN TIGRAY**

**(Oktober 2023)**

Die Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverletzungen in Tigray, wenn diese strafrechtlich verfolgt werden, diskutiert die Plattform [opiniojuris.org](https://www.opiniojuris.org):

Die Internationale Expertenkommission für Menschenrechte in Äthiopien (ICHREE) dokumentierte zwischen 2021 und 2023 im Konflikt in Tigray schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht, darunter Massentötungen, Vergewaltigungen, Hunger und Zwangsvertreibung; sie wurden von äthiopischen und eritreischen Streitkräften sowie von regionalen Milizen aus Tigray und Amhara begangen. Aus völkerstrafrechtlicher Perspektive ist hier die Verbindung zwischen Hungerverbrechen und sexualisierter Gewalt in Tigray besonders wichtig, um feststellen zu können, ob diese als Anzeichen für die Absicht zur ‚Vernichtung‘ einer Bevölkerungsgruppe gelten könnten, was ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen würde.

Seit der Friedensvertrag im vergangenen November unterzeichnet wurde, ist der Hunger in Tigray gleichbleibend alarmierend: Zwischen April und August 2023 wurden in der Region rund 1.400 hungerbedingte Todesfälle festgestellt. Das weist darauf hin, dass monatlich etwa 350 Menschen an Hunger sterben, verursacht durch die systematische Umleitung humanitärer Hilfe. Darüber berichtete die US-amerikanische Agentur für internationale Entwicklung (USAID) Anfang Mai 2023.

Zu den staatlichen Stellen, die wohl für die derzeitige Verweigerung der Hilfe verantwortlich sind, gehörten sowohl die Bundes- als auch die Regionalregierungen.

Alle Konfliktparteien instrumentalisierten also Hunger als Kriegsmethode, einschließlich des gezielten Entzugs von humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung. Verschiedene Organisationen dokumentierten, wie dies mit weit verbreiteter sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen von Frauen und Kindern einherging. Hunger und sexuelle Gewalt sind dabei als sich gegenseitig verstärkende Gräueltaten zu betrachten. Dabei erhöhen Hunger und Entbehrung das Risiko sexualisierter Gewalt. Im jüngsten Bericht der ICHREE wird von über 10.000 Vergewaltigungen von Frauen und Kindern gesprochen, die zwischen November 2020 und Juni 2023 stattgefunden haben. Auch der Friedensvertrag habe weder Ausmaß noch Art der Verstöße wesentlich verändert. Diese Verbindung von Verbrechen in Tigray darf in einer potentiellen strafrechtlichen Verfolgung von ‚Vernichtung‘ als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht in den Hintergrund geraten.

Quelle:

<http://opiniojuris.org/2023/10/09/the-nexus-between-starvation-crimes-and-sexual-violence-indicia-of-on-going-extermination-in-tigray-ethiopia/>

## **ÄTHIOPIEN: AMNESTY FORDERT UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNGEN ZUM AUSNAHMEZUSTAND IN AMHARA** (August 2023)

Die äthiopische Regierung muss unabhängigen Ermittler\*innen und Medien unverzüglich Zugang zur Region Amhara gewähren, da nach anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den äthiopischen Nationalen Verteidigungstreitkräften (ENDF: Ethiopian National Defense Force) und der örtlichen bewaffneten Fano-Miliz Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen auftauchen, sagte Amnesty International heute.

Mehrere Medien berichteten, dass ein Luftangriff auf die Region diese Woche zu zahlreichen zivilen Todesopfern geführt habe. Amnesty International wurden außerdem Anschuldigungen über Massentötungen und Opfer in Finote Selam, Bahir Dar und Shewa Robit überbracht, die einer weiteren Untersuchung bedürfen.

„Nachdem es Vorwürfe über anhaltende Menschenrechtsverletzungen in der Region Amhara gibt, muss die äthiopische Regierung der Unabhängigen Kommission von Menschenrechtsexperten für Äthiopien (ICHREE) und anderen unabhängigen Untersuchungsstellen sowie unabhängigen Medien ungehinderten

Zugang gewähren, um diese Vorwürfe gründlich zu prüfen.“ sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika. „Die Regierung und ihre Sicherheitskräfte müssen die Menschenrechte der Menschen respektieren und schützen“, sagte er.

Am 4. August 2023 rief die äthiopische Regierung nach zunehmender Gewalt in der Region Amhara einen sechsmonatigen Ausnahmezustand mit landesweiter Geltung aus. Der vom äthiopischen Volksrepräsentantenhaus am 14. August 2023 genehmigte Ausnahmezustand gibt der Regierung weitreichende Befugnisse, Verdächtige ohne Gerichtsbeschluss festzunehmen, Ausgangssperren zu verhängen, die Bewegungsfreiheit zu verhindern und öffentliche Versammlungen oder Vereinigungen zu verbieten.

Durch den Ausnahmezustand wird die Region Amhara einem Kommandoposten unterstellt, den der Geheimdienstchef des Landes leitet und der dem Premierminister unterstellt ist. Die Notstandsproklamation erlaubt auch das Schließen oder die Einschränkung von Medienunternehmen oder anderen Einrichtungen, die im Verdacht stehen, „gegen das Ziel dieser Proklamation zu handeln“ – Bestimmungen, die unklar sind, also weit ausgelegt werden können und so keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegen.

Die Bundesregierung gab außerdem bekannt, dass sie Personen in Addis Abeba in informellen Haftzentren, darunter Schulen, festgehalten hat. Anwälte und Familienangehörige von in Addis Abeba inhaftierten Personen teilten Amnesty International mit, dass den Inhaftierten das Recht auf Zugang zu Gericht und Rechtsbeistand verweigert werde. Die Regierung hat den Internetzugang in der Region Amhara seit dem 3. August 2023 blockiert und damit das Recht der Öffentlichkeit auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen verletzt.

In Äthiopien haben frühere Ausrufe des Ausnahmezustands zu Massenverhaftungen, längerer Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren und rechtswidrigen Einschränkungen der Kommunikation geführt.

„Der weitreichende Ausnahmezustand gibt der äthiopischen Regierung unbeschränkte Befugnisse, während Internetblockaden es schwieriger machen, die Situation in der Region Amhara zu verfolgen“, sagte Tigere Chagutah. „Jetzt ist nicht die Zeit für internationale und regionale Akteure, die Kontrolle über Äthiopien einzuschränken, und es ist wichtig, dass die unabhängige Kommission von Menschenrechtsexperten für Äthiopien, andere unabhängige Ermittlungsbehörden und die Medien frei arbeiten können.“

## Hintergrund

Die Fano-Miliz und die Amhara-Spezialeinheiten kämpften seit November 2020 an der Seite der äthiopischen Nationalen Verteidigungskräfte gegen die tigrayaischen Streitkräfte, bis am 2. November 2022 ein Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten unterzeichnet wurde. Im April 2022 berichteten Amnesty International und Human Rights Watch, auf welche Weise Amhara-Regionalbeamte, Amhara-Spezialeinheiten und Fano-Milizen mit Unterstützung der Bundeskräfte für die ethnische Säuberung der Tigrayer aus West-Tigray verantwortlich waren.

Im April 2023 kündigte die äthiopische Bundesregierung Pläne an, regionale Spezialeinheiten, einschließlich der Amhara Special Forces, aufzulösen und ihre Mitglieder wieder in die Bundeskräfte zu integrieren. Die Entscheidung führte zu Protesten in der Region Amhara.

Ab Anfang August 2023 eroberte Fano große Städte in der gesamten Amhara-Region, darunter die historische Stadt Gondar und Debre Birhan – das nur 135 km von Addis Abeba entfernt liegt. Nach dem Ausrufen eines sechsmonatigen nationalen Ausnahmezustands durch die Bundesregierung kündigte die ENDF die Rückeroberung dieser Großstädte an.

Quelle:

<https://www.amnesty.org/en/search/?qlocation=1749>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/08/ethiopia-authorities-must-grant-independent-investigators-media-unfettered-access-to-amhara-region-to-probe-violations-under-state-of-emergency/>

## **ÄTHIOPISCHER MENSCHENRECHTSRAT (EHRCO) PRESSEERKLÄRUNG - 23. SEPTEMBER 2023**

### **MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN GEGEN ZIVILISTEN IN DER STADTVERWALTUNG VON ADDIS ABEBA UND DER REGION AMHARA MÜSSEN AUFHÖREN!**

Mit dieser Dringlichkeits-Pressemitteilung soll auf verschiedene Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Teilen des Landes hingewiesen werden, damit die Regierung die notwendigen Verbesserungen vornehmen kann.

#### **Verwaltung der Stadt Addis Abeba**

Nach Unruhen in der Region Amhara wurde der Ausnahmezustand Nr. 6/2015 verhängt, als Reaktion auf die Notlage in verschiedenen Regionen des Landes, woraufhin eine Kampagne von Massenverhaftungen in der Stadtverwaltung von Addis Abeba folgte. Diese Verhaftungen betrafen Journalisten und Parlamentarier

unter Verletzung ihrer Rechte und erfolgten nicht nach einem ordnungsgemäßen Verfahren; außerdem ist bekannt, dass es Verhaftungsoffer gibt, deren Verbleib unbekannt ist. Die Namen der Inhaftierten und ihr Aufenthaltsort wurden nicht bekannt gegeben, und sie wurden nicht vor Gericht gestellt.

Im Fall des Parlamentsmitglieds Ato Christian Tadele und des Ratsmitglieds von Addis Abeba, Dr. Kassa Teshager, passierte es, dass sie seit ihrer Verhaftung im Kriminalamt der Bundespolizei festgehalten wurden. Als sie am 21. August 2023 vor dem Obersten Gericht in Lideta erscheinen sollten, wurden sie von der Polizei daran gehindert. Darüber hinaus wurde das Mitglied des Rates der Region Amhara, Ato Yohannes Buayalew, trotz seiner Immunität vor Strafverfolgung festgenommen. Der Aufenthaltsort der Journalisten Bekalu Alamrew und Ato Daniel Belay ist unbekannt. EHRCO hat dazu bereits im August und September Presseerklärungen abgegeben, in denen die Lösung dieser Probleme gefordert wird.

Doch die zuständigen Parteien haben es versäumt, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um derartige Handlungen zu beenden, und es kam weiterhin zu Massenverhaftungen in der Stadt Addis Abeba. EHRCO konnte durch Familienmitglieder der Inhaftierten bestätigen, dass eine große Anzahl dieser Menschen in Addis Abeba City festgehalten werden. Bei den laufenden Massenverhaftungen, die nicht nach einem ordnungsgemäßen Verfahren durchgeführt wurden, seien die Verhafteten in vielen Fällen nicht vor Gericht gestellt worden und der Aufenthaltsort vieler Verhafteter sei den Familienangehörigen unbekannt. EHRCO konnte auch verifizieren, dass öffentliche Schulen als vorübergehende Haftanstalten genutzt werden, und sandte Schreiben mit der Bitte um Klärung an das Büro für Bildung von Addis Abeba, an die Bundespolizeikommission und an die Polizeikommission von Addis Abeba. Diese wurden bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Pressemitteilung nicht beantwortet. Die verschiedenen Hafteinrichtungen waren nicht für diesen Zweck vorgesehen, so dass die inhaftierten Zivilisten ernsthafte Gesundheitsprobleme bekamen.

### **Amhara-Region**

Am 5. und 14. August 2023 hat EHRCO Dringlichkeitspressemittelungen zu dem Konflikt in der Region Amhara herausgegeben, in denen die Regierung aufgefordert wurde, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, um Angriffe auf die Zivilbevölkerung und den Zusammenbruch der Sicherheit in der Region zu anzuhalten; beides hatte zu nachhaltigen menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verlusten in der Region geführt. EHRCO bestätigte aus verschiedenen Quellen, dass die Verschärfung des Konflikts in der Region zu einer großen Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung

und zur Zerstörung von Eigentum geführt hat und sie bestätigen auch Berichte über außergerichtliche Tötungen durch Sicherheitskräfte der Regierung. EHRCO wird weitere Untersuchungen zu den oben beschriebenen Sachverhalten durchführen und ausführlich darüber berichten.

### **AUFRUF VON EHRCO**

- Die Bundespolizei und die Polizei von Addis Abeba müssen die Massenverhaftungen in der Stadt beenden, die nicht den gesetzlichen Verfahren entsprechen, sie müssen den Machtmissbrauch beenden und die Täter zur Verantwortung ziehen;
- Für Ato Christian Tadele und Dr. Kassa Teshager, die trotz ihrer Immunität von der Strafverfolgung verhaftet wurden, dass sie unverzüglich einem Gericht vorgeführt werden und ihr Recht auf Freiheit vor Strafverfolgung respektiert wird;
- dass die Regierung die Verhältnismäßigkeit ihrer friedenserhaltenden Maßnahmen prüft und Zivilisten, die nicht in den Konflikt in der Amhara-Region verwickelt sind, ausnimmt;
- Massenverhaftungen in der Amhara-Region müssen den Gesetzen entsprechen und die Rechte der Verdächtigen müssen geachtet werden;
- Damit der Konflikt in der Region Amhara mit friedlichen Mitteln beendet werden kann, sollten die betroffenen Akteure ihrer Verantwortung gerecht werden und keine Maßnahmen ergreifen, die den Konflikt verschärfen;
- Die Bundesregierung und die Regierung der Region Amhara müssen den Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung in der Region Amhara die gebührende Aufmerksamkeit schenken, um das Recht der Menschen auf Leben zu respektieren und den Schutz ihres Lebens zu gewährleisten;
- Bevor sich die Tötung von Zivilisten in der Region Amhara, die Zerstörung von Eigentum und der allgemeine Mangel an Frieden weiter ansteigen, sollten die Regierung und die Aktivisten einen Dialog führen, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen;
- Die Regierung sollte Untersuchungen über außergerichtliche Tötungen durchführen und geeignete Maßnahmen ergreifen;
- Abschließend ruft EHRCO im Hinblick auf den von der Regierung verhängten Ausnahmezustand Nr. 6/2015 zu großer Vorsicht auf, damit weder dem Machtmissbrauch noch der missbräuchlichen Durchführung von Anordnungen Tür und Tor geöffnet werden, um Menschenrechtsverletzungen zu begehen.

Addis Abeba, Äthiopien

Quellen:

<https://www.amharaamerica.org/post/ehrc-co-press-statement-september-23-2023>

<https://t.me/ehrc/1864>

## **ÄTHIOPISCHER MENSCHENRECHTSRAT ZEIGT SICH BESORGT ÜBER DIE ALARMIERENDE ZUNAHME VON ENTFÜHRUNGEN UND ANGRIFFEN IN DER REGION OROMIA**

(2. November 2023)

Der Äthiopische Menschenrechtsrat (EHRCO) hat seine ernste Besorgnis über die zunehmende Zahl von Entführungen und Angriffen durch bewaffnete Gruppen, vor allem in der Region Oromia, zum Ausdruck gebracht. Trotz wiederholter Appelle an die Bundes- und Regionalbehörden einzugreifen und diese Aktivitäten zu beenden, gehen die Angriffe auf äthiopische Bürger und Ausländer unvermindert weiter, was ein Versagen verdeutlicht, die Menschenrechte angemessen zu schützen und Sicherheit zu gewährleisten, so die nichtstaatliche Menschenrechtsgruppe.

In der gestern veröffentlichten Erklärung des Rates wird hervorgehoben, dass besonders in der Region Oromia bewaffnete Gruppen in Fälle von Verschwindenlassen, Folter, willkürliche Verhaftungen und andere Formen des Missbrauchs verwickelt waren.

EHRCO hat nachdrücklich erklärt, dass, wenn Bürger entführt werden, ihre grundlegenden Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, Freiheit, körperliche Unversehrtheit und ihr Recht auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren, schwer verletzt werden. In der Erklärung wird hervorgehoben, dass „entführte Personen häufig Folter, grausame Behandlung und Inhaftierung unter unmenschlichen Bedingungen erleiden, was schwere Verbrechen gegen die Menschenwürde darstellt“.

Obwohl das Verschwindenlassen nach der äthiopischen Verfassung als schweres Vergehen gilt, hat EHRCO festgestellt, dass Äthiopien die internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen erst noch ratifizieren muss. In dieser Konvention wird das Verschwindenlassen von Personen eindeutig als Verletzung der Menschenrechte definiert und sie verpflichtet die Staaten, die Täter rechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Angesichts dieser Verstöße hat EHRCO die föderalen und regionalen Behörden aufgefordert, die Übergriffe unverzüglich zu verurteilen, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen und Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaften vor weiteren Bedrohungen zu ergreifen.

Darüber hinaus hat EHRCO zugesagt, nach weiteren Untersuchungen der Krise einen umfassenderen Bericht zu veröffentlichen. Die Menschenrechtsgruppe erklärte sich auch bereit, die Behörden bei der Ausarbeitung strengerer Gesetze und Strategien zu unterstützen, um gegen das Verschwinden von Personen vorzugehen, den Schutz der Menschenrechte zu wahren und wieder Sicherheit herzustellen.

Vor einer Woche berichtete der Addis Standard über eine deutliche Zunahme von Entführungen von Bürgern, Regierungsangestellten und Ausländern in der Region Oromia durch bewaffnete Gruppen, die Lösegeld fordern. Während die Regierung diese Aktionen der Oromo Liberation Army (OLA) zuschreibt, bestreitet die bewaffnete Gruppe jegliche Beteiligung.

Experten warnen davor, dass, wenn diese Krise nicht beachtet werde, die Mobilität und die sozioökonomischen Aktivitäten erheblich beeinträchtigt werden könnten. Sie plädieren dafür, eine umfassendere Kenntnis der Ursachen dieser Entführungen zu erhalten und für eine bessere Koordinierung der Sicherheitskräfte, um die beunruhigende Zunahme solcher Vorfälle wirksam zu bekämpfen.

Quellen:

<https://addisstandard.com/news-ethiopian-human-rights-council-raises-concern-over-alarming-surge-in-abductions-attacks-in-oromia-region/>

<https://www.facebook.com/ehrco1/posts/pfbid02b7UhhfptjZZ6gxsJHAdR5mzxxzSf34nrXiss5rpUopR31Wy7DoMRKKG5hAkzMg1qI>

<https://t.me/ehrco>

## ÄTHIOPIEN NUN MITGLIED DER BRICS-GRUPPE

(August 2023)

Äthiopien ist in die Vereinigung der BRICS-Staaten aufstrebender Volkswirtschaften aufgenommen worden. Die Abkürzung steht für die bisherigen Mitgliedsländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Es ist also ein Zusammenschluss von Schwellen- und Industrieländern, auf die über 40 Prozent der Weltbevölkerung und etwa 26 Prozent der Weltwirtschaft entfallen. Ihr gemeinsames Interesse ist es, sich gegen die aus ihrer Sicht bestehende Dominanz des Westens zu stellen. Schwellen- und Entwicklungsländer sollen einflussreicher werden. Deshalb plädiert man – seit dem ersten Treffen 2009 – dafür, die Organisation der internationalen Finanzen zu reformieren. Es wurde eine gemeinsame Entwicklungsbank mit Sitz in Shanghai gegründet, die vor allem Infrastrukturprojekte fördert und als Alternative zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank verstanden wird.



Der 15. BRICS-Gipfel fand vom 22. bis 24. August 2023 im südafrikanischen Johannesburg statt. Dort wurden sechs neue Staaten zur Mitgliedschaft ab dem 1. Januar 2024 eingeladen: die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien, Argentinien, Iran, Ägypten und Saudi-Arabien. Kriterien für diese Wahl erfährt man nicht. Allerdings werden alle fünf Staaten nach dem Demokratieindex der Universität Göttingen autoritär regiert.

Die Wirtschaftskraft der BRICS-Staaten ist seit 2009 im globalen Vergleich gewachsen. Nach Angabe des Internationalen Währungsfonds erwirtschafteten sie im Jahr 2022 26 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2010 waren es 18 Prozent, wovon ein Großteil des Wachstums aber auf China entfällt. Äthiopien hofft durch eine Mitgliedschaft, eigene Interessen voranbringen und die internationale wirtschaftliche und geopolitische Ordnung mitgestalten zu können. Doch es gibt auch kritische Stimmen, die nicht glauben, dass der Beitritt Äthiopiens wirklich helfen könne, die Probleme des Landes zu lösen. Der Finanzexperte Yared Haile-Meskel plädiert eher dafür, dass die afrikanischen Länder sich untereinander verbinden sollten.

Quellen:

<https://www.dw.com/de/brics-%C3%A4thiopien-beitrittswunsch-analyse/a-66140507>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/540816/erweiterung-der-brics-gruppe/#node-content-title-2>

## **AMNESTY-BERICHT ÜBER METAS BEITRAG ZU MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN NORDÄTHIOPIEN – METAS VERSAGEN BEFEUERT GEWALT GEGEN ZIVILBEVÖLKERUNG IN TIGRAY**

### **1. ZUSAMMENFASSUNG DES AMNESTY-BERICHTS**

„Ich wusste, dass es ein Todesurteil für meinen Vater sein würde“, sagte Abrham Meareg gegenüber Amnesty International und beschrieb seine Reaktion, als er auf der Facebook-Plattform Posts über seinen Vater, Professor Meareg Amare, sah, wegen dessen tigrayischer Identität. Die Beiträge enthielten den Namen, das Foto und den Arbeitsplatz von Professor Meareg Amare sowie Behauptungen über seine Zugehörigkeit zur Tigray People's Liberation Front (TPLF).

Leider lag Abrham mit seinem Instinkt richtig. Einige Wochen nach der Verbreitung der Beiträge – und trotz Abrhams wiederholten Versuchen, sie über die Meldefunktion von Meta Platforms Inc. (Meta) entfernen zu lassen – wurde Meareg Amare am 3. November 2021 vor seinem Haus getötet.

Am 4. November 2020 brach in der äthiopischen Region Tigray ein bewaffneter Konflikt zwischen Kräften aus, die mit der äthiopischen Bundesregierung und

solchen Kräften, die mit der Regionalregierung von Tigray verbunden sind. Der Konflikt griff später auf die benachbarten Regionen Amhara und Afar aus. Er war von extremer Brutalität gegen die Zivilbevölkerung gekennzeichnet, die von allen Konfliktparteien ausgeübt wurde.

Eine Woche nach Ausbruch des Konflikts veröffentlichte Amnesty International einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass zahlreiche Zivilisten in der Stadt Mai-Kadra im westlichen Tigray getötet worden waren. Amnesty International und Human Rights Watch stellten außerdem fest, dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschließlich des Verbrechens der ethnischen Säuberung von Sicherheitskräften aus der benachbarten Amhara-Region an der tigrayischen Zivilbevölkerung in der Region West-Tigray begangen worden sind, mit Duldung und möglicherweise unter Beteiligung der äthiopischen Streitkräfte.

Die Gewalt hatte verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in den Gebieten aktiver Feindseligkeiten Nordäthiopiens, darunter auch weiterhin in der Region Tigray. Schätzungen zufolge hat der kriegerische Konflikt insgesamt zum Tod von bis zu 600.000 Zivilisten geführt. Millionen Äthiopier wurden innerhalb des Landes vertrieben, und schätzungsweise 70.000 Menschen, die geflohen sind, leben jetzt in Flüchtlingslagern im Ostsudan.

Während des Konflikts wurde Facebook (im Besitz von Meta) in Äthiopien mit Inhalten überschwemmt, die zu Gewalt aufriefen und zu Hass aufstachelten. Die Inhalte, die sich gegen die tigrayische Gemeinschaft richteten, waren besonders deutlich bei dem äthiopischen Premierminister von Äthiopien, Abiy Ahmed, regierungsfreundlichen Aktivisten sowie regierungsnahen Nachrichtenseiten. Sie erweckten sogar den Eindruck, dass selbst tigrayische Zivilisten eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit Äthiopiens darstellen. Die massenhafte Verbreitung dieser zu Gewalt und Diskriminierung aufstachelnden Nachrichten sowie anderer entmenschlichender und diskriminierender Inhalte, die sich gegen die tigrayische Gemeinschaft richteten, gossen Öl ins Feuer einer bereits polarisierten Gesellschaft mit erheblichen ethnischen Spannungen.

Die rasche Verbreitung dieser Botschaften wurde durch das überwachungsbasierte Geschäftsmodell von Meta ermöglicht, das auf dem Sammeln, Analysieren und Profitieren von personenbezogenen Daten beruht und Interaktion um jeden Preis den Vorrang gibt. Dieses Geschäftsmodell beruht darauf, Anreize zu schaffen, damit die Menschen so lange wie möglich auf der Plattform bleiben, damit immer mehr Daten über sie gesammelt werden, die dann für gezielte Werbung genutzt werden können. Zu diesem Zweck sind die Algorithmen von Meta so eingestellt, dass sie die Interaktion maximieren und Inhalte fördern, die oft aufrührerisch, schädlich und spalterisch sind, da diese die meiste Aufmerksamkeit der Nutzer auf sich ziehen. Im Kontext des Konflikts in Nordäthiopien hatten diese Algorithmen verheerende Auswirkungen auf die Menschenrechte, indem sie Inhalte verstärkten,

die sich auf Facebook – Äthiopiens beliebtester Social-Media-Plattform – gegen die tigrayische Gemeinschaft richteten, einschließlich Inhalten, die zu Hass, Gewalt, Feindseligkeit und Diskriminierung aufriefen.

Auch äthiopische Journalisten und Forscher wurden auf Facebook mit einer Flut von Hass konfrontiert, nur weil sie ihre Arbeit taten, indem sie den bewaffneten Konflikt dokumentierten und darüber berichteten. Die äthiopische Journalistin Lucy Kassa berichtete Amnesty International, dass sie nach Nairobi geflohen sei, als sie Ziel von gewaltverherrlichenden Posts wurde, nachdem sie über Menschenrechtsverletzungen der Regierungstruppen in Tigray berichtet hatte. Doch selbst in Kenia war sie nicht vor den schädlichen Auswirkungen von Metas Algorithmen sicher. Nachdem sie über einen möglichen Brandwaffenanschlag in berichtet hatte, wurde sie erneut ins Visier genommen, dieses Mal von einem Regierungsaccount mit Hunderttausenden von Followern, der ihre Verhaftung forderte und ihr Foto postete. Der Beitrag wurde tausende Male geliked und kommentiert. Lucy erklärte gegenüber Amnesty International: „Die Regierung und einflussreiche Aktivisten riefen zur Gewalt gegen mich auf und sagten, ich solle gesteinigt werden und die Regierung solle ‚etwas‘ gegen mich unternehmen. Es war also nicht sicher für mich in Nairobi.“

Lucy war gezwungen, erneut zu fliehen, und sagte Amnesty International, dass es lange gedauert habe, bis sie in der Lage gewesen sei, die Auswirkungen der Online-Gewalt auf ihre psychische Gesundheit zu verarbeiten.

Im April 2020, vor dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in Nordäthiopien, wies der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung auf die Bedeutung der Facebook-Plattform für das äthiopische Informations-Netzwerk hin und riet, dass „[Meta] ... lokalisierte Unterstützung für seine wachsende Nutzerbasis bieten sollte, um sicherzustellen, dass seine Plattform zur Meinungsäußerung der Menschen beitrage, anstatt ein Werkzeug für die Verbreitung von Hass und Desinformation zu werden“.

Im Oktober 2023 kam die von den Vereinten Nationen eingesetzte Internationale Menschenrechtsexpertenkommission für Äthiopien (ICHREE) in ihrem Abschlussbericht zu dem Schluss, dass „die Verbreitung von Hassreden in Äthiopien, insbesondere im Internet, die Spannungen zwischen den Volksgruppen geschürt und ein Klima geschaffen hat, in dem Einzelne und Gruppen zur Zielscheibe von Aufwiegelung und Aufrufen zur Gewalt wurden“. ICHREE empfahl, dass „[d]as volle Ausmaß, in dem die Hassreden sowie Falsch- und Desinformationen im Internet zu Diskriminierung und Gewalt in Äthiopien beigetragen oder diese verschärft haben – sowohl während des Konflikts als auch in der Gegenwart – eine weitere unabhängige Untersuchung benötigt, damit geeignete Lehren gezogen werden können, um eine Wiederholung in Zukunft zu

verhindern.“ Der vorliegende Bericht bietet genau eine solche unabhängige Untersuchung der Rolle von Meta bei Gewalt.

Interne Dokumente, Teil der Facebook Papers (einer Reihe von einem ehemaligen Meta-Mitarbeiter im Jahr 2021 veröffentlichten Dokumente), zeigen, dass Meta während des Konflikts in Nordäthiopien wusste, dass das Unternehmen riskierte, zu Menschenrechtsverletzungen in dem Land beizutragen, es aber versäumte, diese Risiken angemessen zu mindern, obwohl das Land von dem Unternehmen in dieser Beziehung als vorrangig eingestuft wurde. Ein internes Dokument aus dem Jahr 2021 bezeichnete Äthiopien als ein Land, in dem ein hohes Gewaltrisiko bestehe, und in seiner Bewertung der Reaktion des Unternehmens auf gewalttätige und volksverhetzende Inhalte bewertete es seine eigenen Kapazitäten in diesem Land mit null von drei Punkten. In einem anderen Dokument räumte ein Meta-Mitarbeiter ein, dass es dem Unternehmen im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2021 an „menschlichen ÜberprüfungsKapazitäten“ für Äthiopien gefehlt habe. Im Verlauf des Konflikts schlugen zivilgesellschaftliche Gruppen und Experten für digitale Rechte Alarm, dass die Facebook-Plattform zu Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen gegen die tigrayische Gemeinschaft in Äthiopien beitragen könnte. Dieser Bericht untersucht ihre Bedenken und Vorwürfe und liefert eine eingehende Menschenrechtsanalyse der Rolle, die Meta bei den ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen gegen die tigrayische Gemeinschaft von 2020 bis 2022 gespielt hat, und weist auf Metas Verantwortung hin, künftiges Leid in Äthiopien zu verhindern oder zu mindern, das trotz der Beendigung der Feindseligkeiten zwischen der äthiopischen Regierung und der TPLF nach wie vor von Konflikten betroffen ist.

Gelila, die bei einer äthiopischen zivilgesellschaftlichen Organisation arbeitet und während des Nordäthiopienkonflikts am Programm „Trusted Partner“ (Vertrauenswürdige Partner) von Meta teilgenommen hat – eine Initiative, die darauf abzielt, ausgewählten zivilgesellschaftlichen Gruppen einen Kanal zur Verfügung zu stellen, um Meta auf schädliche Inhalte auf ihren Plattformen aufmerksam zu machen – betonte die hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Facebook-Plattform ohne sofortige Reformen zu weiteren Menschenrechtsverletzungen beitragen werde:

*„Als jemand, der lange Zeit in Äthiopien gelebt hat, kann ich sagen, dass Facebook die Volksgruppen für Konflikte untereinander anfälliger macht.“*

In diesem Bericht wird dargelegt, wie Meta durch seine inhaltsbestimmenden Algorithmen und sein datenhungriges Geschäftsmodell zu den schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen gegen die tigrayische Gemeinschaft beigetragen hat. Er zeigt, dass Meta Warnungen von Akteuren der Zivilgesellschaft ignorierte und keine angemessenen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriff, selbst als der Konflikt bereits ausgebrochen war. Diese Versäumnisse – in Verbindung mit Algorithmen zur Gestaltung von Inhalten, die so eingestellt sind,

dass sie hetzerische Inhalte fördern, um das Engagement der Nutzer zu erhöhen – führten zu Facebook-Plattform-Inhalten, die zu Hass, Gewalt, Feindseligkeit und Diskriminierung gegen die tigrayische Gemeinschaft aufriefen.

Metas Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch in Äthiopien erfolgte drei Jahre nach den Gräueltaten 2017 gegen die Rohingya in Myanmar, zu denen die Facebook-Plattform maßgeblich beigetragen hatte. Die Tatsache, dass Meta erneut zu Menschenrechtsverletzungen beigetragen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass sein Geschäftsmodell, das auf invasiver Profilerstellung und gezielter Werbung basiert, die Verbreitung schädlicher Inhalte fördert. In dem unaufhörlichen Streben nach immer mehr Daten priorisieren die algorithmischen Systeme von Meta die aufrührerischsten, spalterischsten und schädlichsten Inhalte, die am ehesten zu einer Maximierung der Nutzerbindung führen.

Ein typisches Beispiel für die gegen die tigrayische Gemeinschaft gerichteten Inhalte, das damals auf der Facebook-Plattform aufkam, ist ein Post des Premierministers Abiy Ahmed im Juli 2021 in dem er die Tigray-Kräfte als „Unkraut“ und „Krebsgeschwür“ bezeichnete. Im Oktober 2023 ist der Beitrag noch immer auf Facebook zu sehen. Der Beitrag wurde über 8.000 Mal geteilt und erhielt Tausende von Kommentaren, wie zum Beispiel: „Der Feind soll vernichtet werden. Äthiopien wird an erster Stelle stehen“. Es ist höchst bezeichnend, dass der Premierminister selbst die Facebook-Plattform nutzte, um Inhalte zu posten, Inhalte, die zu Hass und Diskriminierung gegen die tigrayische Gemeinschaft aufriefen. Meta hat zwar bereits erklärt, dass es nicht darüber entscheiden will, ob die Äußerungen eines Politikers angemessen sind oder nicht. Das Unternehmen hat aber auch eingeräumt, dass Inhalte, die das Potenzial haben, zu Gewalt aufzurufen, ein Sicherheitsrisiko darstellen können, so dass das öffentliche Interesse überwiege.

Vor und während des Konflikts in Nordäthiopien haben Aktivisten der Zivilgesellschaft und Experten für digitale Rechte wiederholt an Meta appelliert, Maßnahmen zu ergreifen, um aufkommende Risiken zu bekämpfen. Dieser Bericht dokumentiert die wiederholten Mitteilungen und Interventionen, die Meta zwischen 2019 und 2022 erhalten hat, darunter auch von ihrem eigenen Aufsichtsgremium. Trotz dieser Bemühungen und der Tatsache, dass das Unternehmen zu schweren Verstößen gegen die Rohingya in Myanmar beigetragen hat, hat Meta es versäumt, diese Warnungen zu beherzigen oder sie auch nur angemessen anzuerkennen.

Darüber hinaus waren die völlig unzureichenden Investitionen von Meta in die Moderation äthiopischer Inhalte vor und während des Nordäthiopien-Konflikts ein wesentlicher Faktor dafür, dass es dem Unternehmen nicht gelang, schädliche Inhalte die sich gegen die tigrayische Gemeinschaft richten, von der Plattform zu entfernen. Obwohl in Äthiopien 85 Sprachen gesprochen werden, ist Meta nur in der Lage, Inhalte in vier dieser Sprachen zu moderieren. Dies ist ein Hinweis auf das allgemeine Versäumnis des Unternehmens, angemessen in die Moderation von Inhalten in nicht englischsprachigen Ländern der globalen Mehrheit zu

investieren. ICHREE fand auch Hinweise darauf, dass die Facebook-Plattform „zu langsam reagierte und unter unzureichender Personalausstattung, unzureichenden Sprachkenntnissen und mangelnden finanziellen Investitionen litt“.

Das Risiko, dass Meta zu Massengewalt in Äthiopien beitragen könnte, hätte schon vor dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts im Norden Äthiopiens klar sein müssen. Im Juni 2020, nach der Ermordung des beliebten Oromo-Sängers und Aktivisten Hachalu Hundesa verzeichnete die Plattform einen Anstieg von Inhalten, die zu Hass und Gewalt aufriefen, Aufrufe zur „Rache“, die zu einer Welle brutaler Massenausschreitungen führten. Kurz nach diesem Vorfall übersetzte Meta zum ersten Mal seine Gemeinschaftsvorschriften ins Amharische. Dies reichte jedoch bei weitem nicht aus, um das gesamte Spektrum der von der Facebook-Plattform ausgehenden Risiken angemessen zu mindern.

Zivilgesellschaftliche Gruppen versuchten auch, Meta zu erreichen, um auf das Gewaltisiko hinzuweisen, das die Facebook-Plattform in Äthiopien darstellt. Im Juni 2020, vier Monate vor dem Ausbruch des Konflikts in Nordäthiopien, schickten Organisationen für digitale Rechte Meta einen Brief über die schädlichen Inhalte, die auf Facebook in Äthiopien kursierten, und warnten davor, dass solche Inhalte „zu physischer Gewalt und anderen Akten der Feindseligkeit und Diskriminierung von Minderheitsgruppen führen können“. Das Schreiben enthielt mehrere Empfehlungen, um Schaden zu verhindern, u. a. das Beenden der algorithmischen Verstärkung von gewaltverherrlichenden Inhalten, vorübergehende Änderungen der Funktionsweisen und die Durchführung einer Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung der Tätigkeit des Unternehmens in Äthiopien.

Gelila wies auf die langsamen Reaktionen von Meta und deren mangelnden Respekt vor lokalem Wissen hin:

*„Sie reagieren extrem langsam auf Dinge. Sie sind nicht sensibel für das, was gesagt wird – Ich glaube, sie haben Richtlinien, die sehr weit von dem entfernt sind, was vor Ort passiert. Wenn man vor Ort ist, weiß man, welche Dinge was auslösen; es könnte sein, dass es nicht zu ihrer Politik passt, ob es sich um Hassreden handelt oder nicht. Sie haben vielleicht ihre eigene Auffassung in ihrem Büro irgendwo im Westen, aber vor Ort weiß man, was im lokalen Kontext Hassrede ist.“*

Meta hat es immer wieder versäumt, angemessen Verantwortung für seine Auswirkungen in Äthiopien zu übernehmen. In einer Entscheidung vom 14. Februar 2021 empfahl das Facebook Aufsichtsgremium Meta, eine unabhängige Bewertung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht durchzuführen, um festzustellen, wie die Facebook-Plattform in Äthiopien genutzt worden war, um unbestätigte Gerüchte und Hass zu verbreiten, die das Gewaltisiko in dem Land

erhöhten. Dies wurde unabhängig von der Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung von 2021 empfohlen, die Meta im Vorfeld der Wahlen in Äthiopien durchführte. Im Januar 2022 antwortete Meta, dass es „die Machbarkeit“ einer solchen Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung in Äthiopien über die Verbreitung von unbestätigten Gerüchten und Hass prüfen werde. Bis Oktober 2023 gibt es jedoch keine Anzeichen für eine solche Prüfung oder gar dafür, dass die Arbeit an einer solchen begonnen hat.

Im Dezember 2017, nur wenige Monate nachdem das Unternehmen eine öffentlichkeitswirksame Rolle bei der ethnischen Säuberung gegen das Volk der Rohingya in Myanmar gespielt hatte, stellte Meta seinen News-Feed-Algorithmus auf eine neue Maßeinheit ein, die es als „sinnvolle soziale Interaktionen“ (MSI= meaningful social interactions) bezeichnet. Diese Änderung sollte der rückläufigen Interaktion auf der Plattform entgegenwirken und wurde von CEO Mark Zuckerberg als Bemühung dargestellt, „Facebook zu korrigieren“. Doch dieser Bericht stellt fest, dass MSI lediglich eine andere Bezeichnung für Interaktion ist und erhebliche Risiken birgt, insbesondere unter konfliktbetroffenen Bedingungen. Die Maßeinheit ermutigt zu Kommentaren und Nutzerinteraktionen, basiert aber nach wie vor auf einem Interaktions-basierten Ranking – und interne Meta-Dokumente deuten darauf hin, dass MSI zu algorithmischen Aufwertungen für hetzerische und schädliche Inhalte führt.

Die Facebook Papers enthalten Beweise, die darauf hindeuten, dass der Geschäftsführer von Meta, Mark Zuckerberg, persönlich interveniert hat, um die Anwendung der vorgeschlagenen Abmilderungsmaßnahmen zu beenden, wegen Bedenken, diese Maßnahmen könnten negative Auswirkungen auf MSI und damit auf die Rentabilität der Facebook-Plattform haben. In einem Dokument über „weiche Maßnahmen“ (ein Oberbegriff für eine breite Palette von Optionen, die Meta für die Entfernung von Inhalten in Krisensituationen wie in Äthiopien anwenden kann) schreibt der Autor: „Mark glaubt nicht, dass wir breit aufgestellt sein sollten ... Wir würden nicht beginnen, wenn es wesentliche Kompromisse mit MSI gäbe“. In diesem Dokument wird Äthiopien als ein Land erwähnt, in dem vorübergehend mit „weichen Maßnahmen“ experimentiert werden soll, da es den Status als gefährdetes Land hat.

Äthiopien wurde auch von der Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen in ihrer Zeugenaussage vor dem Kongress im Jahr 2021 hervorgehoben, als sie die Verantwortung von Meta für die algorithmische Verstärkung erörterte und sagte:

*„[Meta] weiß, sie haben es öffentlich zugegeben, dass das Interaktions-basierte Ranking ohne Integritäts- und Sicherheitssysteme gefährlich ist, haben dann aber diese Systeme für die meisten Sprachen der Welt nicht eingeführt ... Und das ist die Ursache für Dinge wie die ethnische Gewalt in Äthiopien.“*

Alle Unternehmen sind dafür verantwortlich, die Menschenrechte zu achten, wo auch immer in der Welt sie tätig sind und während ihrer Tätigkeiten. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müssen Unternehmen kontinuierlich und proaktiv Sorgfaltsprüfungen für Menschenrechte durchführen, um ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte zu erkennen, zu verhindern, zu mindern und um Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie die Menschenrechte beachten. Bei Technologieunternehmen wie Meta sollte die Sorgfaltspflicht auch Situationen einschließen, in denen ihr Geschäftsmodell und ihre Designentscheidungen Menschenrechtsrisiken schaffen oder verschärfen.

Meta hat es versäumt, im Vorfeld des Nordäthiopienkonflikts im Jahr 2020 eine angemessene menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung in Bezug auf seine Tätigkeit in Äthiopien durchzuführen, selbst nachdem das eigene Aufsichtsgremium empfohlen hatte, eine Folgenabschätzung für die Menschenrechte in dem Land durchzuführen. Diese Analyse lässt wenig Raum für Zweifel, dass Meta wieder einmal zu schweren Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch in einem konfliktbetroffenen Umfeld beigetragen hat.

Am 18. Juli 2023 schrieb Amnesty International an Meta und fragte, welche Maßnahmen das Unternehmen in Äthiopien vor und während des Konflikts in Nordäthiopien ergriffen habe, um zu verhindern, dass die Facebook-Plattform nicht zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt. Meta antwortete und erläuterte seinen Sorgfaltspflichtansatz und sein Stakeholder-Engagement in Äthiopien seit 2020. Amnesty International schrieb im Oktober 2023 bezüglich der Anschuldigungen in diesem Bericht erneut an Meta. Meta machte deutlich, dass es mit den Ergebnissen des Berichts nicht einverstanden sei, erklärte aber, dass es sich aufgrund eines anhängigen Rechtsstreits nicht weiter äußern könne.

Bis heute hat Meta es versäumt, die Risiken, die seine Geschäftstätigkeit in Äthiopien mit sich bringt, in angemessener Weise anzugehen. Es ist jedoch dringender denn je, dass das Unternehmen sinnvolle Schritte unternimmt, um potenzielle künftige Schäden angemessen zu mindern: In der Amhara-Region entwickelt sich derzeit eine Krise, und in ganz Äthiopien gibt es schwelende ethnische Spannungen. In Verbindung mit dem Ausbau des Telekommunikationsnetzes im Land bedeutet dies, dass die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass die Facebook-Plattform erneut als Träger für Hass, Gewalt und Diskriminierung genutzt wird.

In Kenia läuft gegen Meta derzeit ein Zivilverfahren wegen des ihm vorgeworfenen Beitrags zu Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien. An dem Verfahren beteiligen sich zwei Einzelkläger, Abrham Meareg und Fisseha Tekle, sowie eine kenianische Zivilgesellschaftsorganisation, das Katiba Institute, die versuchen, die Algorithmen der Facebook-Plattform davon abzuhalten, schädliche Inhalte zu empfehlen und Meta zu zwingen, einen Opferfonds in Höhe von 1,6 Mrd. USD einzurichten, um den Schaden zu beheben, zu dem es beigetragen hat.



Wie in dem vorliegenden Bericht ausführlich dargelegt, hat Metas Versagen bei der Einhaltung seiner Menschenrechtsverantwortung, wie sie in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) dargelegt sind, zu verheerenden Auswirkungen für die tigrayische Gemeinschaft beigetragen. Diese verheerenden Auswirkungen werden durch die Tatsache verstärkt, dass für Meta bereits festgestellt worden war, zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Myanmar beigetragen zu haben und ähnliche Systemfehler in Äthiopien wiederholt wurden. Es ist überdeutlich, dass die Geschäftspraktiken von Meta eine erhebliche Gefahr für die Menschenrechte darstellen, insbesondere in konfliktbetroffenen Gebieten. Es sind dringende, weitreichende Reformen erforderlich, um sicherzustellen, dass Meta nicht noch einmal in einem anderen Land zu solchen Schäden beiträgt – einschließlich, und das ist entscheidend, dass Meta sich verpflichtet, sein auf Überwachung basierendes Geschäftsmodell zu ändern, um sicherzustellen, dass Menschenrechtsverletzungen in Zukunft nicht wiederholt werden.

Die wiederholten Versäumnisse von Meta in Äthiopien zeigen, dass das Unternehmen immer noch nicht auf die Ursache für seine negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte eingeht. Die Hauptursache für Metas wiederholten Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen ist sein auf Überwachung basierendes Geschäftsmodell, das von mehreren anderen Big-Tech-Unternehmen genutzt wird. Diese Probleme können nur mit einer soliden und sinnvollen staatlichen Regulierung und Aufsicht angegangen werden. Die Staaten müssen ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachkommen, indem sie Gesetze einführen und durchsetzen, um das auf Überwachung basierende Geschäftsmodell der Big-Tech-Unternehmen zu unterbinden.

Abraham Meareg, der trauernde Sohn von Professor Meareg Amare, drückte seine Beweggründe für das zivilrechtliche Verfahren gegen Meta in einfachen Worten aus und unterstrich die Dringlichkeit, dass das Unternehmen endlich eine Lektion aus seinen Operationen in Äthiopien lernen möge:

*„Wir können so viele Leben retten.“*

## **2. SCHLUSSFOLGERUNG**

Dieser Bericht, der auf einer gründlichen Untersuchung der Rolle von Meta bei schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die tigrayische Gemeinschaft beruht, hat eindeutig bewiesen, dass das Unternehmen zu diesem Schaden beigetragen hat und deshalb die Verantwortung trägt, den betroffenen Personen gegenüber Abhilfe zu schaffen und dringend zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um künftige Schäden sowohl in Äthiopien als auch in anderen von Konflikten betroffenen Gebieten weltweit zu verhindern.

Als globales Unternehmen, das in allen Regionen der Welt in Hochrisiko- und Konfliktgebieten tätig ist, besteht ein großes und aktuelles Risiko, dass die Geschäftstätigkeit von Meta die Förderung von Hass und Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten in vielen anderen Teilen der Welt befeuern könnte. Die Sorge wurde bereits in verschiedenen Zusammenhängen und über viele Jahre hinweg geäußert. Die Whistleblowerin Frances Haugen hat immer wieder gewarnt, dass Meta sein Versagen in Myanmar in anderen Ländern – auch in Äthiopien – wiederholt und sagte:

*„Was wir in Myanmar gesehen haben und jetzt in Äthiopien sehen, sind nur die ersten Kapitel einer Geschichte, die so erschreckend ist, dass niemand sie zu Ende lesen will“.*

Haugen hob insbesondere die inhaltsgestaltenden Algorithmen von Meta als Hauptursache für diese Risiken hervor. In anderen Ländern wie Indien und Sri Lanka wurde die Verbreitung von Hasspredigten, die zu Gewalt, Feindseligkeit und Diskriminierung aufriefen, mit den inhaltsgestaltenden Algorithmen der Facebook-Plattform in Verbindung gebracht.

In einem Kontext, in dem die soziale Polarisierung schon seit Jahrzehnten besteht und mit einer eskalierenden entmenschlichenden politischen Rhetorik gegen die tigrayische Gemeinschaft eingesetzt wurde, trugen das überwachungs-basierte Geschäftsmodell von Meta und seine Algorithmen dazu bei, Hass, Gewalt und Diskriminierung gegen die tigrayische Gemeinschaft zu normalisieren. Die engagementzentrierten Algorithmen des Unternehmens verstärkten und förderten aktiv schädliche Inhalte und die MSI-Metrik förderte Kommentare und Nutzerinteraktionen zu diesen Inhalten und trug so zur Verbreitung von Aufrufen zur Gewalt und zur ständigen Entmenschlichung der tigrayischen Gemeinschaft bei. Gleichzeitig reagierte das Unternehmen nicht auf die wiederholten Warnungen der Zivilgesellschaft sowie seiner eigenen Mitarbeiter vor der Gefahr, dass es zu Massengewalt in Äthiopien beitragen könnte.

Metas Versäumnisse in Äthiopien hatten eine ähnliche Wirkung wie ihre Rücksichtslosigkeit in Myanmar: Sie gossen Öl ins Feuer der bereits bestehenden ethnischen Spannungen und trugen letztlich zu schweren Menschenrechtsverletzungen in der tigrayischen Gemeinschaft bei.

Im Jahr 2022 stellte Amnesty International ebenfalls fest, dass Meta zu schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Rohingya während der Gräueltaten des myanmarischen Militärs in Rakhine State im Jahr 2017 beigetragen hat. Amnesty International analysierte die Versäumnisse von Meta bei der Wahrnehmung seiner Verantwortung, der Achtung der Menschenrechte in Myanmar gerecht zu werden: welche Rolle die Algorithmen der Facebook-Plattform dabei gespielt haben, Anti-Rohingya-Hass und Aufstachelung zur Gewalt zu verstärken; das Fehlen von Moderatoren für burmesischsprachige Inhalte; Metas bereits bestehendes Wissen

über das Risiko algorithmischer Schäden und das Ignorieren von Warnungen von Akteuren der Zivilgesellschaft vor und während der Gräueltaten.

Die Parallelen zwischen den Erfahrungen der Rohingya und den Erfahrungen der äthiopischen Facebook-Nutzer kommentiert der Journalisten Zecharias Zelalem:

*„Ich glaube nicht, dass es irgendjemandem schlimmer ergangen ist als den Rohingya und den Äthiopiern. Ich denke, die beiden werden für zukünftige Forscher miteinander verbunden sein, um zu sehen, wie schrecklich mit den sozialen Medien die Dinge werden.“*

Die Tatsache, dass Meta wieder einmal zu schweren Menschenrechtsverletzungen beigetragen hat – in einem Konflikt, der drei Jahre nach den Gräueltaten gegen die Rohingya im Jahr 2017 begann – wirft ernste Fragen auf über die Angemessenheit der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht des Unternehmens und seiner Bereitschaft, angemessene und wirksame Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, insbesondere in konfliktbetroffenen Gebieten. Das offensichtliche Versäumnis des Unternehmens, eine Einschätzung der Folgen für die Menschenrechte durchzuführen und zu veröffentlichen, die sich auf die Verbreitung von Hass und die Verbindung zu Offline-Gewalt in Äthiopien konzentriert – die Empfehlungen seines eigenen Aufsichtsgremiums ignorierend – ist besonders besorgniserregend und stellt einen weiteren Versuch dar, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu vermeiden.

Obwohl Meta im Verlauf des Konflikts in Nordäthiopien mehrere Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen hat, wie z. B. die Verbesserung seiner Systeme zur Moderation von Inhalten und zur Sprachklassifizierung sowie zur Verringerung der Zahl von Wiederholungen, kamen diese Reformen für viele Opfer zu spät und reichten bei weitem nicht aus, um die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte angemessen abzumildern. Darüber hinaus sind diese Maßnahmen in ihrem Umfang zu begrenzt und können keine Garantie dafür bieten, dass sich so etwas nicht wiederholt, da sie nicht die eigentliche Ursache der Bedrohung angehen, die Meta für die Menschenrechte darstellt – nämlich das datenhungrige Geschäftsmodell des Unternehmens.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollten deutlich machen, wie dringend Änderungen am Geschäftsmodell von Meta erforderlich sind: Es besteht ein ernstes Risiko, dass das Unternehmen weiterhin zu schweren Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien und anderen von Konflikten betroffenen Gebieten auf der ganzen Welt beiträgt. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Algorithmen von Meta in der Lage sind, Gesellschaften auf der ganzen Welt zu schaden, indem sie Inhalte fördern, die Hass befürworten und zu Gewalt und Diskriminierung aufstacheln, was bereits marginalisierte Gemeinschaften unverhältnismäßig stark trifft.

Trotz mehrfacher Warnungen der Zivilgesellschaft und aller Zusicherungen von Meta hat das Unternehmen viele seiner früheren Versäumnisse in Äthiopien wiederholt. Die Tatsache, dass Metas Reaktion auf den Konflikt in Äthiopien auch nach dem Versagen während des Konflikts in Myanmar immer noch unzureichend war, ist der vernichtendste Beweis dafür, dass das Unternehmen die Probleme, die sein Geschäftsmodell mit sich bringt, nicht aus eigenem Antrieb lösen wird. Es hat erneut gezeigt, dass es entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, diese Probleme anzugehen, wenn es keine solide Regulierung gibt. Es sollte ihm nicht erlaubt sein, die gleichen Fehler ein drittes Mal zu machen.

Die mangelnde Anerkennung oder Verantwortung von Meta für die durch seine Geschäftstätigkeit in Äthiopien verursachten Schäden zeigt deutlicher denn je, dass das Unternehmen nicht in der Lage oder nicht willens ist, die dringend nötigen Verbesserungen im Kern seines Geschäftsmodells vorzunehmen, um die mit seinen Inhaltsgestaltungsalgorithmen verbundenen Schäden ausreichend und effizient abzumildern. Meta sollte dringend den Kurs ändern und versuchen, seine Geschäftstätigkeit zu verbessern, um seiner Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte gerecht zu werden, unter anderem durch angemessene Ressourcen für die Moderation von Inhalten und den Aufbau sinnvollerer Beziehungen zu Organisationen der Zivilgesellschaft in Äthiopien und in allen Ländern, in denen es tätig ist.

Die unregulierte Entwicklung von Big Tech hat weltweit schwerwiegende Folgen für die Menschenrechte gehabt. Ein zentraler Bestandteil der staatlichen Pflicht zum Schutz der Menschenrechte ist die Verpflichtung, Gesetze und Vorschriften zu erlassen und durchzusetzen, die Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen verhindern und bestrafen. Es ist wichtiger denn je, dass Staaten ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachkommen, indem sie sinnvolle Gesetze einführen und durchsetzen, die das auf Überwachung basierende Geschäftsmodell eindämmen.

### **3. EMPFEHLUNGEN**

#### **AN META**

#### **ZUR ABHILFE UND PRÄVENTION KÜNFTIGER SCHÄDEN IN ÄTHIOPIEN**

- Metas Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien öffentlich anzuerkennen und sich dafür zu entschuldigen, unter anderem durch eine direkte Entschuldigung bei Abrham Meareg, Fisseha Tekle und anderen Personen, die unmittelbar von der Verbreitung von Hassbekundungen auf der Facebook-Plattform betroffen waren.

- Sich dazu zu verpflichten, das überwachungs-basierte Geschäftsmodell von Meta grundlegend zu ändern, um sicherzustellen, dass sich diese Schäden in Zukunft nicht wiederholen.
- Einen Entschädigungsfonds für betroffene Opfer des Konflikts in Nordäthiopien – und für Gruppen aus anderen vom Konflikt betroffenen Gebieten weltweit – einzurichten.
- Das „Trusted Partner“-Programm in Äthiopien zu reformieren, um zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsverteidigern einen sinnvolleren Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen zu ermöglichen.
- Die Fähigkeit von Meta zu erweitern, in allen 84 in Äthiopien verwendeten Sprachen zu moderieren, unter anderem durch die direkte Einstellung von weiteren Inhaltsmoderatoren und unter Arbeitsbedingungen, die den Menschenrechtsstandards entsprechen.

## **MENSCHENRECHTLICHE SORGFALTPFLICHT**

- So schnell wie möglich eine umfassende Menschenrechtsfolgenabschätzung für Äthiopien durchzuführen und zu veröffentlichen, wie vom Facebook Aufsichtsgremium empfohlen.
- Regelmäßig die Liste der intern als „gefährdet“ eingestuften Länder sowie die in jedem Land ergriffenen Abhilfemaßnahmen veröffentlichen und aktualisieren, um sicherzustellen, dass Meta nicht zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen beiträgt.
- Für alle Länder, die als „gefährdet“ gelten, Folgenabschätzungen zu den Menschenrechten durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen.
- Sicherstellen, dass die bei Meta eingesetzten menschenrechtlichen Due-Diligence-Prozesse die menschenrechtlichen Auswirkungen des Meta-Geschäftsmodells als Ganzes berücksichtigen; und Wert auf Transparenz bei der Identifizierung und Bewältigung von Risiken legen.
- Sicherstellen, dass im Zusammenhang mit der Gestaltung und dem Einsatz neuer KI-Systeme und Interaktions-Metriken wie Meaningful Social Interactions (MSI) menschenrechtliche Folgenabschätzungen durchgeführt werden; und eine sinnvolle öffentliche Konsultation sicherstellen.
- Während des gesamten Lebenszyklus algorithmischer Technologien – einschließlich der Einführung und Implementierung neuer Systeme und Designfunktionen – eine ständige, kontinuierliche und proaktive Due-Diligence-Prüfung\* der Menschenrechte durchführen, damit Risiken und Missbräuche bereits in der Entwicklungsphase, aber auch nach der Einführung von Technologien identifiziert werden können.

## **GESCHÄFTSMODELL UND ALGORITHMEN**

- Beenden der invasiven Erhebung personenbezogener Daten, die das Recht auf Privatsphäre untergräbt und eine Reihe von Menschenrechten bedroht.

- Schluss mit gezielter Werbung und Einführung eines weniger schädlichen alternativen Geschäftsmodells.
- Anbieten eines Opt-in\* für die Verwendung von Content-Shaping-Algorithmen\*, damit Plattformbenutzer mehr Kontrolle über ihre Online-Erfahrung haben.
- Einführen von „Reibungs-“ Maßnahmen [Prüfen von Reibungspunkten] als Norm und einführen standardmäßiger Maßnahmen, die sich bei der Verbesserung der „Integritätsergebnisse“ in Krisensituationen als wirksam erwiesen haben, wie z. B. Beschränkungen für das erneute Teilen, die Weiterleitung von Nachrichten und die Gruppengröße.
- Implementieren von „Break the Glass“-Maßnahmen [akuten Sicherheitsmaßnahmen] in Hochrisikosituationen: proaktiv und sobald sie auftreten.
- Die Transparenz in Bezug auf die Verwendung von Inhaltsgestaltungs- und Inhaltsmoderationsalgorithmen radikal verbessern und sicherstellen, dass genutzte Mechanismen in klar verständlicher Form öffentlich zugänglich sind.
- Unabhängigen Forschern den Zugriff auf und die Überprüfung von Daten ermöglichen, die im öffentlichen Interesse liegen, einschließlich der Daten zu algorithmischen Systemen.

### **BEZÜGLICH DES GESCHÄFTSBETRIEBS IN DEN MEISTEN LÄNDERN DER WELT, INSBESONDERE IN „RISIKOLÄNDERN“**

- Dafür sorgen, dass angemessene Investitionen in die Bereitstellung lokalsprachiger Ressourcen auf der ganzen Welt getätigt werden, mit besonderem Schwerpunkt auf der proaktiven Lösung bestehender Ungleichheiten, die sich unverhältnismäßig stark auf nicht englischsprachige Länder mit globaler Mehrheit auswirken.
- Dafür sorgen, dass Gleichheit und Konsistenz zwischen den Gerichtsbarkeiten im Hinblick auf die Ressourcenausstattung der Content-Moderations-, Richtlinien- und Menschenrechtsteams weltweit gegeben ist.

### **AN DIE HEIMATSTAATEN VON META, EINSCHLIESSLICH USA UND IRLAND UND REGIONALEN INSTITUTIONEN WIE DIE EU**

- Verbieten gezielter Werbung auf der Grundlage invasiver Tracking-Praktiken [Aufzeichnung des Nutzerverhaltens].
- Sicherstellen, dass der Zugang zu wesentlichen digitalen Diensten und Infrastrukturen wie der Facebook-Plattform und anderen Social-Media-Plattformen nicht von der allgegenwärtigen Überwachung der Plattformnutzer abhängig gemacht wird. Der Zugang zu digitalen Diensten und der Infrastruktur muss auf der freien und informierten Zustimmung der Plattformnutzer basieren. Dies erfordert die Verabschiedung und/oder Durchsetzung von Gesetzen, um den Menschen das „Recht auf Nichtverfolgung“ durch Werbetreibende und andere Dritte zu garantieren. Abonnementmodelle, die Nutzer zur Zahlung zwingen, um eine

invasive Überwachung zu verhindern, untergraben die freiwillig gegebene Einwilligung und sollten daher nicht zugelassen werden.

- Verpflichtungen für Social-Media-Unternehmen einführen, um sicherzustellen, dass sie gegen systemische Risiken für die Menschenrechte angehen, die sich aus der Funktionsweise und Nutzung ihrer Dienste ergeben.
- Unternehmen, einschließlich Social-Media-Unternehmen, gesetzlich dazu verpflichtet, bei ihren Geschäftsabläufen, Produkten und Dienstleistungen sowie ihren Geschäftsbeziehungen eine menschenrechtliche Due-Diligence-Prüfung [Sorgfaltspflicht-Prüfung] durchzuführen und öffentlich über ihre Due-Diligence-Richtlinien und -Praktiken gemäß internationalen Standards zu berichten.
- Regulierung von Technologieunternehmen, um sicherzustellen, dass von Online-Plattformen verwendete Content-Shaping-Algorithmen nicht standardmäßig auf Profilierung basieren und ein Opt-in anstelle eines Opt-out\* erfordern müssen, wobei die Zustimmung zum Opt-in freiwillig, spezifisch, informiert und eindeutig erteilt werden muss. Die Erhebung und Verwendung abgeleiteter Daten (z. B. Empfehlungen basierend auf Wiedergabezeit und „Gefällt mir“-Angaben) zur Personalisierung von Anzeigen und Inhaltsempfehlungen sollte verboten werden. Vielmehr sollten Benutzer die Kontrolle darüber haben, welche Signale oder erklärte Interessen die Plattform bei der Gestaltung ihres Feeds berücksichtigen soll. Wer einen auf personalisierten Empfehlungen basierenden Feed bevorzugt, muss die Möglichkeit erhalten, der Plattform persönliche Interessen auf der Basis einer konkreten, freiwillig erteilten und informierten Einwilligung mitzuteilen.
- Für angemessene Investitionen in die unabhängige Aufsicht, Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften für den Technologiesektor sorgen.
- Sicherstellen, dass wirklich unabhängige nationale Datenschutzbehörden über ausreichende Ressourcen und Fachwissen verfügen, um Verstöße von Social-Media-Unternehmen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards sinnvoll untersuchen und sanktionieren zu können. Regierungen müssen außerdem wirksame individuelle und kollektive Rechtsbehelfsmechanismen gewährleisten.

\*Glossar:

Content-Shaping-Algorithmen – inhaltsprägende Algorithmen

Due-Diligence – Sorgfaltspflicht

Opt-in – Einverständniserklärung

Opt-out – Abwahlerklärung

Quellen:

[Amnesty-Bericht-Aethiopien-Meta-Facebook-Menschenrechtsverletzungen-Hate-Speech-Tigray-  
Oktober-2023.pdf](https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/aethiopien-meta-facebook-hate-speech-gewalt-gegen-zivilbevoelkerung-tigray) (PDF, 902.85 KB), 74 SEITEN  
[https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/aethiopien-meta-facebook-hate-speech-gewalt-  
gegen-zivilbevoelkerung-tigray](https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/aethiopien-meta-facebook-hate-speech-gewalt-gegen-zivilbevoelkerung-tigray)

## **AMNESTY-BERICHT: ERITREISCHE STREITKRÄFTE BEGEHEN NACH WAFFENSTILLSTAND KRIEGSVERBRECHEN IN TIGRAY**

**Trotz Waffenstillstandsabkommen ist die Zivilbevölkerung in Tigray Gräueltaten ausgesetzt gewesen. Auch nach der Unterzeichnung des Abkommens haben eritreische Streitkräfte monatelang Zivilpersonen außergerichtlich hingerichtet und Frauen sexuell versklavt, so ein neuer Bericht von Amnesty International. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss das Mandat der Internationalen Expert\*innenkommission für Menschenrechte in Äthiopien (ICHREE) erneuern, damit die Kommission weiter Beweise sichern kann. Der Bericht kann [hier](#) als PDF-Datei heruntergeladen werden.**

Trotz Waffenstillstandsabkommen ist die Zivilbevölkerung in Tigray Gräueltaten ausgesetzt gewesen. Auch nach der Unterzeichnung des Abkommens haben eritreische Streitkräfte monatelang Zivilpersonen außergerichtlich hingerichtet und Frauen sexuell versklavt, so ein neuer Bericht von Amnesty International. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss das Mandat der Internationalen Expert\*innenkommission für Menschenrechte in Äthiopien (ICHREE) erneuern, damit die Kommission weiter Beweise sichern kann. Der Bericht kann hier als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Unmittelbar vor und nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der äthiopischen Regierung und der Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front – TPLF) im November 2022 haben eritreischen Streitkräfte Kriegsverbrechen und möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Die eritreischen Streitkräfte waren zu diesem Zeitpunkt mit der äthiopischen Regierung verbündet.

Der Bericht "'Today or Tomorrow, They Should Be Brought Before Justice' – Rape, Sexual Slavery, Extra-Judicial Executions and Pillage by Eritrean Forces" in Tigray dokumentiert, dass eritreische Streitkräfte für Vergewaltigungen, sexuelle Sklaverei, außergerichtliche Hinrichtungen und Plünderungen verantwortlich waren. Angehörigen der eritreischen Streitkräfte haben in den drei Monaten nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes Frauen vergewaltigt und sexuell versklavt. In den Distrikten Kokob Tsibah und Mariam Shewito wurden zahlreiche Zivilpersonen außergerichtlich hingerichtet.

### **Verstöße müssen wirksam untersucht werden**

Julia Duchrow, stellvertretende Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, sagt: "Angesichts der anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen sowie der geringen Aussichten auf Rechenschaftslegung im Land fordert Amnesty International den UN-Menschenrechtsrat auf, das Mandat der Internationale Expert\*innenkommission für Menschenrecht in Äthiopien (ICHREE) zu verlängern und zu unterstützen. Die



Afrikanische Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker sollte zudem das Mandat ihrer Untersuchungskommission zur Lage in der Region Tigray wiederherstellen und dafür sorgen, dass die Kommission einen Bericht mit Ergebnissen und Empfehlungen vorlegen kann."

Die Expert\*innenkommission ICHREE wurde vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Dezember 2021 eingesetzt. Ihr Mandat läuft Ende Dezember diesen Jahres aus. Der Untersuchungskommission der Afrikanischen Kommission wurde im Juni 2023 das Mandat entzogen, noch bevor sie einen Abschlussbericht vorgelegt hatte.

#### Vergewaltigung und sexuelle Versklavung von Frauen

Amnesty International hat mit elf Frauen aus Kokob Tsibah gesprochen, die Vergewaltigung und sexuelle Sklaverei überlebten. Mehr als 40 Frauen in Kokob Tsibah berichteten einer lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation, dass sie in der Zeit nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens vergewaltigt und sexuell versklavt worden waren. Einige Frauen wurden in einem Militärlager der eritreischen Streitkräfte vergewaltigt, andere in ihren eigenen Häusern oder in von den Streitkräften eingenommenen Häusern. In Verbindung mit weiteren von Amnesty International durchgeführten Recherchen sind die dokumentierten Fälle von Vergewaltigung und sexueller Sklaverei möglicherweise als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten.

#### Außergerichtliche Hinrichtungen von Zivilpersonen und Plünderungen

Angehörige der eritreischen Streitkräfte, die in Mariam Shewito und Kokob Tsibah stationiert waren, töteten bei Hausdurchsuchungen vorsätzlich Zivilpersonen, zumeist Männer. So wurden in Kokob Tsibah 24 Zivilist\*innen getötet. Amnesty International hat mit Zeug\*innen, Überlebenden und Familienangehörigen aus Mariam Shewito gesprochen, die Angaben zu der außergerichtlichen Hinrichtung von mindestens 20 Zivilpersonen machten. Den Aussagen zufolge sind diese Personen zwischen dem 25. Oktober und 1. November 2022 durch eritreische Streitkräfte in Mariam Shewito getötet worden. Darüber hinaus trug ein Sozialarbeiter eine Liste mit mehr als 100 Namen von Personen zusammen, die im selben Zeitraum in Mariam Shewito außergerichtlich hingerichtet worden sein sollen. Amnesty International war nicht in der Lage, aus der Ferne alle diese Fälle unabhängig zu bestätigen. Diese Tötungen im Rahmen eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts stellen das Kriegsverbrechen des Mordes dar.

Die meisten der 49 Überlebenden, Zeug\*innen und Familienangehörigen der Opfer, mit denen Amnesty International über Telefon gesprochen hat, gaben an, dass eritreische Streitkräfte auch ihr Eigentum geplündert und ihr Vieh gestohlen haben. Viele Menschen müssen sich nun von ihren Familienmitgliedern Unterkunft und Nahrung erbitten. Andere müssen betteln gehen, um zu überleben.

Seit dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in der Region Tigray im November 2020 hat Amnesty International Völkerrechtsverbrechen und andere

Menschenrechtsverletzungen durch alle Konfliktparteien dokumentiert. Eritrea und Äthiopien sind verpflichtet, Verbrechen gegen das Völkerrecht wirksam zu untersuchen und bei ausreichender Beweislage strafrechtlich zu verfolgen.

Liebe Leser\*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

#### **IMPRESSUM:**

#### **Amnesty International**

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8. 10115 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: [aethiopien@amnesty-stuttgart.de](mailto:aethiopien@amnesty-stuttgart.de)

Internet: [www.amnesty-aethiopien.de](http://www.amnesty-aethiopien.de)

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Bonn

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



#### **HAFTUNGSAUSCHLUSS:**

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.